

}essentials{

Armin Pfahl-Traughber

Die AfD und der Rechtsextremismus

Eine Analyse aus
politikwissenschaftlicher Perspektive



Springer VS

Es heißt dazu bereits am Beginn des Parteiprogramms: „Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. ... Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht... die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat“ (AfD 2016, S. 8). Es geht hier bei der Erörterung nicht um eine Eliten-Kritik, die in einer Demokratie nicht nur legitim, sondern notwendig ist.² Die Aussage suggeriert aber ohne Belege, dass eine Führungsgruppe innerhalb der Parteien nicht nur die Politik steure. Dies wäre ja deren Aufgabe, sofern sie dafür eine demokratische Legitimation vorweisen können. Es wird darüber hinaus unterstellt, dass die Elite auch eine Kontrolle über die Meinungsbildung des Volkes ausübe. Diese Auffassung verkennt, dass die Medien die Politik kritisch kommentierend begleiten. Mitunter wird sogar von einer „vierten Gewalt“ gesprochen.

Besonders häufig kommen darüber hinaus verschwörungsideologische Deutungen im Kontext der Migrationsentwicklung vor. Dabei findet die Formulierung „Großer Austausch“ intensive Verbreitung, womit die angebliche Ersetzung der einheimischen durch migrantische Menschen gemeint ist. Der entscheidende Gesichtspunkt ist hier aber nicht, dass Individuen aus anderen Ländern einwandern. Es wird nahegelegt, dass dies nicht durch die individuelle Entscheidung der Migranten oder die Entwicklung in ihren Ländern motiviert ist. Es soll eine Art Plan für ein solches Projekt geben, wobei aber die konkreten Akteure, also die Verschwörer nicht klar benannt werden. Ein Beispiel dafür ist Gaulands Rede von 2017, wonach „der Bevölkerungsaustausch läuft“ (Gauland 2017). Gleiches gilt für den 2016 von der heutigen Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch abgesetzte Tweet „Die Pläne für einen Massenaustausch der Bevölkerung sind längst geschrieben“ (Storch 2016), wobei es sich um eine Fehldeutung von Prognosen der Vereinten Nationen handelte.

3.8 Pauschalisierungen durch fremdenfeindliche Stereotype

„Fremdenfeindlichkeit“ meint die pauschale Negativzeichnung von Personen, die als „Fremde“ empfunden werden, es aber nicht sein müssen. Dabei besteht der primäre Bezugspunkt in der angeblichen oder tatsächlichen Zugehörigkeit

²Ein Beispiel für eine demokratische und wissenschaftliche Eliten-Kritik ist: Hartmann 2018.

zu einer sozialen Gruppe und zwar unabhängig von individuellen Verhaltensweisen. Die Definition schließt damit das kritische Hervorheben von Spezifika aus, welche bestimmte ethnischen, kulturellen, religiösen oder sozialen Milieus nach empirischen Untersuchungen aufweisen. Dies hat nichts mit Fremdenfeindlichkeit zu tun, gehen solche Beschreibungen doch nicht mit Diffamierungen aller Individuen einher. Die Bezeichnung „Fremdenfeindlichkeit“ will daher diese Herabwürdigung erfassen und sieht sie hier auch als Merkmal von Rechtsextremismus an. Es geht demnach nicht um die Hervorhebung von Problemen mit Minderheiten, sondern um die Negativzeichnung von Personen durch Zugehörigkeiten. Dies meint auch die obige Formulierung „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ als Merkmal von Rechtsextremismus.

Ein Beispiel dafür sind die Ausführungen des AfD-Politikers Nicolaus Fest, dem ehemaligen Stellvertretenden Chefredakteur der „Bild am Sonntag“ und (allerdings erfolglosen) Direktkandidaten seiner Partei zu den Bundestagswahlen im Wahlkreis Berlin-Charlottenburg – Wilmersdorf. Er schrieb 2017 in einem Blogbeitrag über „Gruppen von arabischen, türkischen und afrikanischen Jugendlichen“: „Alle sind laut, aggressiv, präpotent, ohne den Willen zu einfachster Höflichkeit, ohne jede soziale Intelligenz ... Nicht einfach sind diese Leute, sondern primitiv und böse.“ Und dann bemerkte er in Anspielung auf ein bekanntes Max-Frisch-Zitat, wonach man Gastarbeiter rief und Menschen kamen: „Wir riefen Gastarbeiter, bekamen aber Gesindel“ (zit. n. Beikler 2017). Die Formulierungen machen die Pauschalisierungen deutlich. Es heißt deutlich „alle“ und „Gesindel“, „böse“ und „primitiv“. Nachdem diese Äußerungen bekannt wurden, formulierte der zuständige Landesverband eine verhaltene Distanzierung nur aufgrund der Wortwahl.

Demgegenüber folgten den Ausführungen im folgenden Beispiel doch Konsequenzen. Anlässlich des politischen Aschermittwochs 2018 erklärte André Poggenburg, der damalige Landesvorsitzende in Sachsen-Anhalt, in einer Rede über Sprecher der „Türkischen Gemeinde in Deutschland“: „Diese Kümmelhändler haben selbst einen Völkermord an 1,5 Mio. Armeniern am Arsch ... und wollen uns irgendetwas über Geschichte und Heimat erzählen? Die spinnen wohl! Diese Kameltreiber sollen sich dahin scheren, wo sie hingehören“ (Poggenburg 2018). Gegen die Aufnahme dieses Beispiels spricht wohlmöglich, dass Poggenburg nach dieser Rede seine Ämter als Fraktions- und Landesvorsitzender aufgab. Dies war aber ohnehin absehbar, hatte er sich doch durch persönliches Gebaren – aber nicht durch seine politischen Positionen – unbeliebt gemacht. Beachtenswert sind nicht nur seine Aussagen selbst, sondern auch die Stimmung in dem Video (vgl. ebd.). Es dokumentiert wie das AfD-Publikum gerade in diesem Moment mit hasserfüllter Stimmung reagierte.

3.9 Relativierung des Antisemitismus

Antisemitismus meint Feindschaft gegen Juden als Juden. Diese artikuliert sich nicht nur in direkten Bekundungen gegen bestimmte Personen, sie findet auch in einschlägigen Stereotypen und Unterstellungen ihre Verbreitung. Eine demokratische Auffassung hat insofern gegenüber einschlägigen Behauptungen auch immer eine distanzierende Haltung einzunehmen. Demnach sollte nicht nur, aber auch angesichts der Geschichte des Holocaust keine Relativierung oder Verharmlosung erfolgen. Denn das kritische Bewusstsein von der Judenfeindschaft steht von daher auch für ein demokratisches Verantwortungsgefühl. Darum geht es auch in der folgenden Erörterung, die in der AfD keine antisemitische Partei sieht. Diese möchte einen solchen Eindruck öffentlich vermeiden. Daher entstand mit den „Juden in der AfD“ ein parteiinterner Zusammenschluss, der gegenteilige Eindrücke für die Partei erst gar nicht aufkommen lassen sollte. Gleichwohl hat die AfD ein Antisemitismus-Problem, aber auf anderer Ebene als mitunter gemeint.

Blickt man auf die kurze Geschichte der Partei, dann war sie immer wieder von einschlägigen Skandalen geprägt (vgl. Pfahl-Traughber 2016). Dabei kam es durchaus zu Distanzierungen und Funktionsverlusten, aber meist erst nach kritischen Medienberichten und nicht aus der Partei selbst heraus. Es gab aber auch Fälle, welche für die Gemeinten nicht zu Nachteilen führten. Dies macht anhand der vielen Fälle im Vergleich deutlich, dass es in der Distanzierung von der Judenfeindschaft keine wirkliche Konsequenz gab. Als dominante Deutung lässt sich eher folgende Einschätzung von Partei-Sprecher Meuthen zitieren: „Die AfD ist dezidiert israelfreundlich, Antisemitismus liegt uns fern ... Wenn jüdisches Leben hierzulande bedroht ist, dann doch eher durch radikalisierte Moslems“ (Meuthen 2016). Demnach wird Antisemitismus weder in der Mehrheitsgesellschaft noch der Partei gesehen, man schreibt die Judenfeindschaft nur den Muslimen zu. Gerade angesichts eines Falls in der von Meuthen seinerzeit geführten Landtagsfraktion verwundert dieses Statement:

Der hier gemeinte Wolfgang Gedeon hatte vor seiner Wahl in das Parlament von Baden Württemberg mehrere Bücher veröffentlicht, worin er die „Ghetto-Juden“ als Feinde des Abendlands bezeichnete und die antisemitische Fälschung der „Protokolle der Weisen von Zion“ für echt erklärte. Nachdem dies durch kritische Medienberichte öffentlich bekannt wurde, kam es 2016 zu Konflikten hinsichtlich des Umgangs mit dem Verfasser. Anträge für einen Fraktionsausschluss fanden keine Mehrheit, und daraufhin entstand eine neue Fraktion der Gedeon-Kritiker um Meuthen. Eigentlich wollte dieser nicht mehr mit den Anhängern des Autors mit antisemitischen Vorstellungen kooperieren, gleichwohl

schlossen sich die beiden Fraktionen nach mehreren Monaten wieder zusammen. Gedeon trat offiziell eigenständig aus der Fraktion aus. Gleichwohl gab und gibt es noch in ihr weiterhin Anhänger von ihm. Auch blieb Gedeon ein Mitglied der Partei. Eine klare Abgrenzung von ihm durch die Partei erfolgte insofern nicht (vgl. Pfahl-Traugher 2016, S. 285–288).

3.10 Relativierung der NS-Vergangenheit

Der Einstellung zum historischen Nationalsozialismus kommt im politischen Selbstverständnis ein besonderer Stellenwert zu. Dabei handelte es sich bekanntlich um eine totalitäre Diktatur, welche die Hauptschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs trug und für die Vernichtung von Millionen von Juden verantwortlich war. Die Bundesrepublik Deutschland ist als Demokratie gerade als Gegensatz zur NS-Herrschaft gegründet worden. Eine inhaltliche Bejahung von diesem steht demnach im erklärten Widerspruch zum demokratischen Verfassungsstaat. Gleiches gilt aber auch für eine Relativierung, welche etwa in der Minimierung des Stellenwertes dieses Systems in einer Wertung vermittelt wird. Dadurch schwindet die Bedeutung nicht nur als historische Entwicklungsphase, sondern auch als politisches Negativbild. Gerade aus der kritischen Auseinandersetzung mit diesem ergibt sich für eine moderne Demokratie eine inhaltliche Legitimation, zumindest aus der politischen Deutungsperspektive der deutschen Geschichte.

Auffällig ist, dass AfD-Politiker immer wieder ohne jeweils aktuelle Anlässe auf das NS-Bild in der Öffentlichkeit anspielen. Auch hier mag als Beispiel erneut Gauland dienen, äußerte er doch 2017: „Man muss uns diese zwölf Jahre nicht mehr vorhalten. Sie betreffen unsere Identität heute nicht mehr“. Und weiter bemerkte er: Wenn Franzosen und Briten stolz auf ihren Kaiser oder Churchill seien, „haben wir das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“ (zit. n. O.A. 2017b). Die Anerkennung im letzten Fall bezieht sich aber auf ein militärisches Engagement für eine politische Führung von Kriegsverbrechern und Massenmördern, insofern bedeutet diese Denkperspektive eine Relativierung der NS-Vergangenheit. Sie zeigte sich bei Gauland auch in einer Rede vor der Parteijugend 2018, wo er äußerte: „Ja, wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für die zwölf Jahre. Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in unserer über 1000jährigen Geschichte“ (zit. n. O.A. 2018a). Diese Auffassung verkennt die erwähnte demokratietheoretische Bedeutung einer kritischen Sicht auf diese politische Vergangenheit.

Auch Höcke thematisiert immer wieder die NS-Zeit in einem geschichtspolitischen Sinne. Bekannt wurde seine Bezeichnung „Denkmal der Schande“ für die Holocaust-Gedenkstätte in Berlin, wobei die Deutung dieser Formulierung hier nicht weiter thematisiert werden soll. Demgegenüber sei auf seine folgende Forderung verwiesen: „Und diese dämliche Bewältigungspolitik, die lähmt uns heute ... Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ (Höcke 2017). Dabei kommt gleich drei Aspekten besondere Bedeutung zu: Der kritische Blick auf den Nationalsozialismus wird als Hindernis für die Praxis der eigenen Politik verstanden, es geht um ein politisches, weniger um ein wissenschaftliches Geschichtsbild, und eben dieses soll in sein grundlegendes Gegenteil verkehrt werden. Wenn man aber die Formulierung von einer „Wende um 180 Grad“ wörtlich nimmt, dann bedeutet dies, dass eine angeblich einseitig negative Betrachtung des „Dritten Reiches“ in ein doch eher positives Bild münden soll.